

„Seit Monaten im Krisenmodus“

Röckinger und Kurz wollen mit Brandbrief zum Thema Asyl Regierung zum Handeln bewegen

Von unserem Redaktionsmitglied
Tassilo Pfitzenmeier

Enzkreis. „Wir sind in echter Sorge und hoffen auf Ihre Hilfe.“ Mit diesen Worten beenden Landrat und Vizepräsident des Landkreistages Baden-Württemberg, Karl Röckinger, und Niefem-Öschelbronn's Bürgermeistermeister Jürgen Kurz, zugleich Vorsitzender der Kreisabteilung Enzkreis des Gemeindetags sowie Vizepräsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, ihren Hilferuf in Form eines dreiseitigen Brandbriefs zur Asylpolitik an die Abgeordneten des

Rülke und Krichbaum sagen Unterstützung zu

Enzkreises im Bundestag und Landtag. Das Hauptproblem sei weiterhin der „kaum bewältigbare große Zustrom und die viel zu lange Dauer der Verfahren bei der Prüfung des Bleiberechts sowie die Anreizfunktion der Leistungen gerade für Personen ohne Bleibeperspektive“. Es werde immer schwieriger, die erforderlichen Unterkunftsplätze in der benötigten Zahl bereitzustellen. Der Enzkreis müsse Woche für Woche 100 Plätze neu schaffen.

Der Widerstand vor Ort, sowohl von Seiten der Anwohner als auch der Flüchtlinge selbst (der Pforzheimer Kurier berichtete mehrfach), werde dabei immer heftiger. „Das Landratsamt und die Kommunen sind seit Monaten im Krisenmodus“, heißt es in dem Schreiben weiter. Eine Entspannung sei nicht in Sicht, da die Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) „unsäglich lange“ dauerten und die Zahl der rückgeführten abgelehnten Bewerber „äußerst gering“ sei.

Röckinger und Kurz werden noch deutlicher: „Wir sind dafür, dass bei Personen ohne Bleibeperspektive das Niveau der Sozialleistungen gesenkt



EXTREM GEFORDERT: Erster Landesbeamter Wolfgang Herz (links) und Sozialdezernentin Katja Kreeb in der Asylunterkunft in Darmsbach – kurz vor der Ankunft der Flüchtlinge im Dezember. Archivfoto: ro

wird, um so wesentliche Anreize für einen Aufenthalt in Deutschland zu beseitigen.“ Das Landratsamt rechnet mit 5 000 Menschen, die bis zur Jahresmitte im Enzkreis aufgenommen werden müssen. Wie solle bei einer solchen Anzahl von Menschen eine Integration gelingen? „Schon jetzt warten mehrere Hundert junge Flüchtlinge auf schulische Plätze“, verdeutlichen Röckinger und Kurz. Sie sehen die Gefahr, dass der Frust der Flüchtlinge über die „überwiegend dürftige Unterbringung“ in Unmut und „andere negative Dinge“ umschlagen könnte. „Wir meinen, dass sich die Große Koalition am Riemen rei-

ßen und beispielsweise das sogenannte ‚Zweite Asylpaket‘ zügig auf den Weg bringen muss“, so das Duo. „Zupacken ist mehr gefragt als wohlfeil austarierte Kompromisse“, zitieren Röckinger und Kurz den Deutschen Landkreistag, dessen Präsidium Röckinger angehört. Eine zeitnahe Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer sowie neue Regelungen beim Familiennachzug seien erforderlich.

Heftige Kritik üben die Autoren des Briefs an der Landesregierung: Winfried Kretschmann und Nils Schmid hätten versprochen, dass das Land die Kosten der Unterbringung und Versorgung voll-

ständig übernehme. Dieses Versprechen sei aber immer noch nicht in einem Gesetz umgesetzt worden. „Wir fordern deshalb von allen im Landtag vertretenen Parteien die Verabschiedung entsprechender Regelungen noch vor der Landtagswahl im März.“

Hans-Ulrich Rülke, Enzkreisabgeordneter der FDP, unterstützt die deutlichen Worte von Röckinger und sagt ihm in einer Reaktion auf den Brief seine Unterstützung zu. Die Kanzlerin stehe besonders in der Pflicht, endlich Lösungen zu präsentieren, so Rülke. „Ein Zaudern können wir uns jetzt schlicht nicht leisten.“

Verständnis zeigt auch der Bundestagsabgeordnete Gunther Krichbaum (CDU). Die SPD habe drei Monate lang die Umsetzung des bereits Anfang November vereinbarten „Asylpakets II“ blockiert. Am Donnerstag hat die Bundesregierung wie berichtet beschlossen, die Asylverfahren für Menschen aus sicheren Herkunftsländern zu verkürzen. Krichbaum sei enttäuscht, dass die Landesregierung die Kommunen bislang finanziell alleine dastehen lasse. Für die CDU sei klar, dass die hohen Zuwanderungszahlen reduziert werden müssen. Notfalls auch durch das „Schließen der Grenzen“, so Krichbaum.

Widerspruch abgelehnt

Remchingen (to). Erneuter Dämpfer für die Remchinger Bürgerinitiative (BI), die gegen den Rathausneubau in Wilferdingen kämpft: Die Kommunalaufsicht im Landratsamt hat den Widerspruch der BI abgelehnt. Mit diesem Widerspruch hatte sich die Initiative gegen die Entscheidung des Gemeinderats gewandt, die zuvor den Bürgerantrag der BI abgelehnt hatte. Grund für die Ablehnung von Gemeinderat und jetzt auch des Kommunalamts sei, dass sich der Bürgerantrag gegen eine Entscheidung des Gemeinderats richte, der schon mehr als zwei Jahre zurückliege, begründet Markus Rudisile, Amtsleiter der Kommunalaufsicht. Damals hat der

Bauantrag wird derzeit im Landratsamt geprüft

Gemeinderat wie berichtet einstimmig den Rathausneubau auf dem San-Biagio-Platani-Platz beschlossen. Die Bürgerinitiative hätte anschließend sechs Wochen Zeit gehabt, ein Bürgerbegehren zu beantragen. „Die Frist ist aber abgelaufen“, so Rudisile. Die BI habe nun die Möglichkeit, innerhalb eines Monats Klage vor dem Verwaltungsgericht in Karlsruhe zu erheben.

Das Gericht hatte es wie berichtet Ende des vergangenen Jahres bereits abgelehnt, der BI und dem mit ihr verbundenen Bürgerverein für Demokratie und Bürgerbeteiligung Rechtsschutz zu gewähren, mit der die Initiative der Gemeinde untersagen wollte, weitere Vereinbarungen zur Realisierung des Rathauses einzugehen.

Die Gemeinde Remchingen hat ebenfalls Ende des vergangenen Jahres den Bauantrag zum Rathausneubau im Landratsamt eingereicht. Dieser werde derzeit von den Behörden geprüft. Das Ergebnis könne bis April, Mai vorliegen. „Wir sind dran“, sagt Bauamtsleiter Wolfgang Schlund. Die Gemeinde rechnet damit, in diesem Jahr mit dem Rathausneubau zu beginnen. ■ Seite 31

Eisingen/Kämpfelbach/Königsbach-Stein (ms). Die Versammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Kämpfelbachtal tagte unter dem Vorsitz von Eisingens Bürgermeister Thomas Karst. Der Verband erledigt hauptsächlich das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen für seine Mitgliedsgemeinden Eisingen, Kämpfelbach und Königsbach-Stein. Auch ist die Flächennutzungsplanung dort angesiedelt und es werden die Geschäfte des Abwasserverbands Kämpfelbach erledigt. Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung des Haushaltsplans 2016. Er wurde erstmals nach dem neuen kommunalen Haushaltsrecht, der Doppik, erstellt. Deshalb erläuterten Kevin Jost und Ann-Kathrin Zwolsky von der

Gute Struktur bestätigt

Verbandsverband verabschiedet Haushaltsplan

Kämmerei des Verbandsvertretern die Systematik des gegenüber der bisherigen Kameralistik völlig anders aussehenden Zahlenwerks. Ein gutes Lehrbeispiel für den Gemeinderat, weil der Umfang des Verbandshaushaltes so überschaubar ist, sagte Bürgermeister Heiko Genthner (Königsbach-Stein), mit Blick auf die Tatsache, dass die Verbandsgemeinden nach und nach auch ihre Haushalte auf die Doppik umstellen werden. Verbandskämmerer Walter Kopp verdeutlichte, in welchem

Umfang sich künftig die Abschreibungen auf die Vermögensgegenstände entwickeln werden. Ihre jetzt geforderte Darstellung als zu erwirtschaftende Kosten in den Haushaltsplänen kann möglicherweise zu Defiziten führen.

Der Haushalt des Gemeindeverwaltungsverbandes hat einen Umfang von stark einer Million Euro. 886 000 Euro entfallen auf Personalkosten und 226 000 Euro betragen die Sachaufwendungen. Abschreibungen sind mit rund 6 000 Euro deshalb so unbedeu-

tend, weil die Verbandsverwaltung nur Bürotechnik besitzt. Die Aufwendungen werden durch eine Verbandsumlage von den Mitgliedsgemeinden ausgeglichen, die, wie Bürgermeister Udo Kleiner betonte, nach dem gängigen und bewährten Einwohnermaßstab verteilt wird.

Ein Unternehmensberatungsbüro hat die Organisations- und Personalstruktur der Verbandsverwaltung untersucht. Thomas Riedel von der Firma Schneider & Zajontz aus Heilbronn kommt zu dem Ergebnis, dass die Organisation der Aufgabenerledigung zeitgemäß ist und dass die Personalausstattung mit einer geringfügigen Aufstockung eine effiziente Aufgabenerledigung gewährleistet.

Klimaschutzkonzept im Gemeinderat

Engelsbrand (ric). Die erste Gemeinderatsitzung im neuen Jahr in Engelsbrand findet am Mittwoch, 3. Februar, ab 19.30 Uhr, im Rathaus Grunbach statt. Nach der Fragerunde geht es um Bauanträge und Bauanfragen und um die Beauftragung eines Planungsbüros für die Straßenunterhaltung. Die Räte sollen dann über eine Rohrnetzanalyse und -berechnung des Wassernetzes entscheiden. Der Entwurf eines integrierten Klimaschutzkonzeptes liegt vor. Danach geht es noch um den Spendenbericht 2015 und um die Verwendung des Gertrud-Körner-Erbes. Die Gemeinde hat ein Haus und Gold im Wert von über einer viertel Million Euro geerbt.

Geschätzte Pädagogin

Neuenbürg-Arnach (vie). „Sie hat das pädagogische Profil der Arnbacher Grundschule geprägt“, sagte der frühere Schulleiter Rainer Buchwald. Gemeint ist die Lehrerin Cornelia Daxer (Foto: PK), die fast 40 Jahre lang an der Schule wirkte. Gestern wurde die beliebte Pädagogin begraben.

Cornelia Daxer kam 1968 nach Arnach und konnte sich von dem Dorf nicht mehr lösen. Es war ihre erste Stelle als Lehrerin und sie blieb ihr treu bis zum Ende ihres Berufslebens.

Ihre Leidenschaft war die Musik, die sie auch ihren Schülern mit Herzblut nahebrachte. „Es wurde eigentlich immer irgendwo gesungen, geflütet, gemollet, oder Orff'sche Instrumente ausprobiert“, erinnert sich Rektor Rainer Buchwald. Schulfeste und Laternenumzüge – Cornelia Daxer organisierte sie und sorgte dabei für jede Menge Sang und Klang. Bei ihren Schülern war sie sehr beliebt.

Nachdem Rainer Buchwald in Ruhestand gegangen war, leitete Cornelia Daxer knapp zwei Jahre lang die Grundschule kommissarisch. 2007 beendete auch sie ihr Pädagogendasein. Im Vorjahr erkrankte sie, konnte aber noch im Herbst ein Geschenk ihrer Tochter wahrnehmen: eine Reise nach Israel, die sie sehr genoss. Im Winter allerdings war der Kampf verloren, in der Vorwoche verstarb die allseits geschätzte Pädagogin.

Weiterer Schritt auf langem Breitband-Weg

Zweckverband Breitbandversorgung stellt Planer der inner- und überörtlichen Infrastruktur-Erschließung vor

Enzkreis (ro). Man kann es als Außenstehender nur erahnen, aber der Schilderung des Verbandsvorsitzenden Jürgen Kurz ist zu entnehmen, dass der Zweckverband Breitbandversorgung Enzkreis in den vergangenen zwölf Monaten ganz schön die Beine in die Hand genommen hat. „Wir haben unseren Zeitplan eingehalten“, sagte er. Ein Jahr Vorbereitung: „Jetzt kann für die Planungsphase der Startschuss gegeben werden.“ Die mit gemeinsamen Anstrengungen an einem Strang ziehenden Herrschaften verkündeten gestern Vor-

Land schießt gut 426 000 Euro zu

mittag den Erfolg der europaweiten Ausschreibung und hielten außerdem ein von Alexander Bonde, Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, unterzeichnetes Schriftstück in die Höhe, das besagt: Für die Planung des enzkreisweiten „Backbone-Netzes“ und für Gemeindefetze aus der „Breitbandoffensive 4.0“ des Landes sei insgesamt 426 330 Euro zur Verfügung gestellt – bei Gesamtkosten in Höhe von netto gut 589 000 Euro.

Die inner- und überörtliche Erschließung, besser: die Planung derselben, darf nun die Backnanger Firma „tkt teleconsult“ übernehmen. Und auf die wartet nun ebenfalls ein großer Berg an Arbeit, denn nun gilt es laut Geschäftsführer Harald Heinze, die Daten zu erheben über die aktuelle Infrastruktur der Gemeinden – zumindest der 25, die ins Boot der Zweckgemeinschaft gestiegen sind. Man spricht, so sagt Heinze,



GLASFASERKABEL hält Landrat Karl Röckinger in Händen. Vom Land gibt es einen Zuschuss für die Planung, wie das vom Verbandsvorsitzenden Jürgen Kurz gehaltene Schriftstück zeigt. Rechts neben ihm Harald Heinze von der Firma „tkt“ sowie weitere Vertreter von Enzkreisgemeinden und Wolfgang Herz (links). Foto: ro

allein von 38 000 Gebäuden. Und sicherlich von einem Zeitraum von zehn Jahren, bis die Glasfaserkabel von jedem einzelnen frei nutzbar sind, was wiederum das Ziel des Zweckverbandes ist, wie Jürgen Kurz betont. Die Technik, die auch den letzten Winkel des Enzkreises aus der Dunkelheit der Funklöcher holen könnte, heißt Backbone und ist sozusagen das Rückgrat, die Nerven wiederum sind das Glasfaserkabel, um im körperlichen Vergleich zu bleiben. Wie groß das Rückgrat sein muss, auch das gilt es

herauszufinden. Und sicher ist auch eines: „Das Gewerbe hat Vorrang“, so Heinze. Denn da werden die größten Datenmengen durchs Netz gedrückt. In diesem Zusammenhang ist es aus Sicht von Harald Heinze unverständlich, dass beim Bau Industriegebäude heute überhaupt noch mit dem herkömmlichen Kupferkabel hantiert wird. „Eine Katastrophe.“

Die von Telekommunikationsanbietern gestellten Möglichkeiten hören meist beim Verteilerkasten auf, „tkt“ will aber

mindestens mit dem Glasfaserkabel bis zum Haus kommen – FTTB nennt sich diese Lösung. „Glasfaser in jedes Haus“, das ist die Maxime. Für Übergangslösungen arbeitet man nun auch mit den Telekommunikationsanbietern zusammen.

„Aber wir werden unseren Weg gehen“, sagt ein kämpferisch aufgelegter Jürgen Kurz, der damit das Ende der Zeit ankündigt, in der „man Spielball der Telekommunikations-Unternehmen“ gewesen sei. Mit dem grünen Licht für die konkreten Planungen ist auch in den Augen von

Landrat Karl Röckinger ein wichtiger und unumgänglicher Schritt getan, um die Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung zu geben. Das „Rückgrat“ soll ab Mitte des Jahres 2017 im Enzkreis-Körper beginnen zu wachsen.

Backbone heißt übersetzt Rückgrat und bezeichnet einen verbindenden Kernbereich eines Telekommunikationsnetzes mit sehr hohen Datenübertragungsraten, der meist aus einem Glasfasernetz sowie satellitengestützten Kommunikationselementen besteht.